

Konjunkturumfrage: Unternehmensnahe Dienstleister

Seit Juni 1994 führt das ZEW gemeinsam mit dem Verband der Vereine CREDITREFORM, Neuss, eine Konjunkturumfrage bei unternehmensnahen Dienstleistern durch. Dieser sehr dynamische Dienstleistungssektor wird von amtlichen Statistiken kaum erfaßt. Mit der vierteljährlichen Umfrage bei rund 1000 unternehmensnahen Dienstleistern versuchen ZEW und CREDITREFORM, mehr über Konjunkturverläufe und Struktur dieses Sektors zu erfahren. Das Panel wird regelmäßig durch neugegründete Unternehmen ergänzt, so daß es insgesamt einen repräsentativen Querschnitt des Wirtschaftszweiges hinsichtlich Unternehmensalter, Größenklassen, Branchen und regionale Herkunft (Ost/Westdeutschland) darstellt. Zu diesem Segment des Dienstleistungssektors zählen Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater, Architekten, technische Planer, Kfz-Vermieter, Maschinenvermieter, Speditions- und Logistikunternehmen, EDV-Dienstleister, Werbeagenturen und Unternehmen der Abfallwirtschaft.

Schwere Zeiten für schlecht Qualifizierte

Trotz einer in den letzten zwölf Monaten insgesamt gestiegenen Beschäftigung gehen Arbeitskräfte mit geringerer Qualifikation im Wirtschaftszweig unternehmensnahe Dienstleistungen schweren Zeiten entgegen. Von den Neueinstellungen konnten vor allem Universitäts- und Fachhochschulabsolventen profitieren. Mitarbeiter mit Berufsschulabschluß und vor allem Unqualifizierte waren hingegen überwiegend von Personalabbau betroffen. Bei Fachschulabsolventen hielten sich Entlassungen und Neueinstellungen die Waage.

Diese Ergebnisse gehen aus der jüngsten Erhebung bei unternehmensnahen Dienstleistern hervor, die das ZEW gemeinsam mit CREDITREFORM im September 1997 durchgeführt hat. Auch in den nächsten zwölf Monaten wird unter den geringer Qualifizierten weiterhin Personal abgebaut werden, während Hochqualifizierte mit sehr guten Beschäftigungsaussichten rechnen dürfen. Denn für das kommende Jahr erwarten die Befragten bei den Hoch-

In dieser Ausgabe:

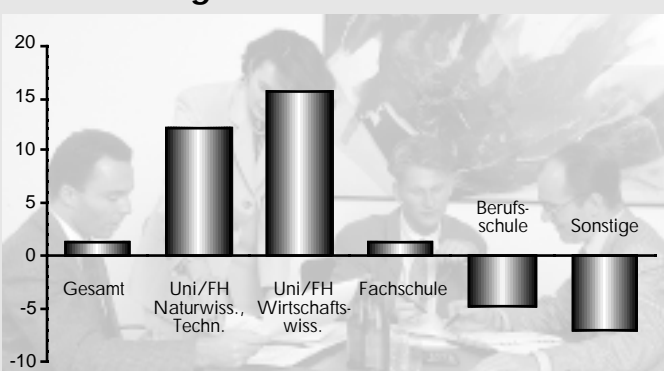
Konjunkturumfrage:	
Unternehmensnahe Dienstleister	1
ZEW-Seminar: EURO KOMPETENT	2
Entwicklung und Verteilung der Einnahmen aus direkten Steuern	3
Theorie und Praxis der Unternehmensbewertung	4
ZEW-Kolloquium: Perspektiven der EWU	4
ZEW-Finanzmarkttest: Brancheneinschätzung	5
FuE und Innovationen im Verarb. Gewerbe	5
Entwicklung geringfügiger Beschäftigung	5
Preisunterschiede in EU-Staaten	5
Italien auf Erfolgskurs – neue Probleme sichtbar	6
ZEW Neuerscheinungen/Termine	6

schulabsolventen steigende und bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung sowie Unqualifizierten sinkende Beschäftigungszahlen. Die in den vergangenen Wochen kontrovers diskutierten Beschäftigungsverhältnisse unterhalb der Sozialversicherungspflicht spielen bei den unternehmensnahen Dienstleistern eine untergeordnete Rolle: Nur etwa zwei Prozent aller Arbeitnehmer sind geringfügig beschäftigt.

Höherqualifizierung läßt Personalkosten steigen

In unmittelbarem Zusammenhang mit den Beschäftigungszahlen stehen die Personalkosten. Fast zwei Drittel der befragten unternehmensnahen Dienstleister gaben an, in den letzten zwölf Monaten steigende Personalkosten pro Mitarbeiter verzeichnet zu haben. Dies ist zum großen Teil darauf zurückzuführen,

Nachfrage nach hoher Qualifikation



Saldo aus positiven und negativen Personalbestandseinschätzungen, Angaben in Prozent.

Quelle: ZEW

Forschungsergebnisse und Vorträge am ZEW

daß in der Vergangenheit verstärkt höher Qualifizierte eingestellt worden sind, die entsprechend besser entlohnt werden. Insgesamt liegt der Anstieg der Personalkosten bei etwa drei Prozent pro Mitarbeiter gegenüber 1996.

Unternehmensnahe Dienstleister innovationsstark

Die unternehmensnahen Dienstleister sind eine innovative Branche. Rund 60 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, ihren Kunden in den vergangenen zwölf Monaten neue oder wesentlich verbesserte Dienstleistungen – d.h. Produktinnovationen – angeboten zu haben. Neue

oder verbesserte Technologien – d.h. Prozeßinnovationen – haben rund 70 Prozent der befragten Unternehmen im vergangenen Jahr eingesetzt. Im Vergleich zum Dienstleistungsgewerbe insgesamt, wo nach einer anderen ZEW-Studie etwa die Hälfte der Unternehmen Innovationen durchführt, sind die unternehmensnahen Dienstleister also recht innovationsfreudig.

Die Innovationstätigkeit hinterläßt auch in der Arbeitsnachfrage ihre Spuren. Im Zusammenhang mit Prozeßinnovationen steigt die Nachfrage nach Hochschulabsolventen mit naturwissenschaftlich-technischer Ausbildung, während unqualifiziertes Personal abgebaut wird. Auch von Pro-

duktinnovationen, denen allgemein positive Beschäftigungseffekte nachgesagt werden, können gering Qualifizierte nicht profitieren. Bei Unternehmen, die innovative Produkte angeboten haben, geht die Nachfrage nach Unqualifizierten zurück.

Insgesamt zeigt die ZEW/CREDIT-REFORM-Umfrage, daß im Dienstleistungsbereich keineswegs vor allem "bad jobs" – also Arbeitsplätze für gering Qualifizierte – geschaffen werden. Zumindest bei den unternehmensnahen Dienstleistern hat der Trend zur Höherqualifizierung längst eingesetzt.

Information: Ulrich Kaiser,
Telefon 0621/1235-292

EURO KOMPETENT

Ein ZEW-Seminar zu den Konsequenzen der Einführung des Euro auf die Unternehmenspraxis

In dem Seminar EURO KOMPETENT am 14. Oktober 1997 zeigten Experten aus Unternehmenspraxis, -beratung und Wissenschaft auf, welche Auswirkungen sich durch die Einführung des Euro auf die betrieblichen Funktionsbereiche ergeben.

Dr. Friedrich Heinemann, EWU- und EU-Experte am ZEW, erläuterte den präzisen Fahrplan auf dem Weg zum Euro und ging auf die Fragen ein, welche Länder letztendlich mit von der Partie sein werden und ob das Projekt doch noch scheitern könne. Vor dem Hintergrund der Standortproblematik in Deutschland verdeutlichte Heinemann, daß der Euro insbesondere mittelständischen Unternehmen die Chance biete, ihre Wettbewerbsposition deutlich zu verbessern.

Andreas Offinger, Partner der Unternehmensberatung m²c Prof. Perlit & Cie., zeigte den Teilnehmern des Seminars Vorgehensweisen zur Ermittlung der Euro-Betroffenheit von Branchen sowie von Funktionsbereichen des Unternehmens. Er verdeutlichte die umfangreichen strategischen Konsequenzen, die sich insbesondere für Unternehmen in grenznahen Regionen ergeben. Im Hinblick auf die Auswirkungen der EWU auf das Marketing zeigte Offinger, daß

alle Elemente des Marketing-Mix, d.h. Produkt-, Preis-, Kommunikations- und Distributionspolitik, in hohem Maß von der Einführung des Euro betroffen sind. Der größte strategische Handlungsbedarf besteht seiner Meinung nach bei der Preis- und Konditionenpolitik.

Dr. Armin Tischbirek von der C&L Deutsche Revision in Frankfurt erläuterte die Auswirkungen der Euro-Umstellung auf die Rechnungslegung. Er empfahl jedem Unternehmen, eine für den eigenen Fall adäquate Umstellungsstrategie festzule-



Hans-Joachim Würth,
SAP AG

stellte „Lösungen für die Informationssysteme“ von Unternehmen vor, die durch die Einführung der Europäischen Währungsunion notwendig werden.

gen und die anfallenden Umstellungsmaßnahmen frühzeitig zu koordinieren und zu budgetieren. Ratsam sei darüber hinaus die Sicherung der Flexibilität der Buchführungssysteme während der Doppelwährungsphase.

Harry Schröder von der Commerzbank verdeutlichte die Folgen der EWU für die Finanzmärkte und das Finanzmanagement. Mit der Währungsunion wird es im lang- und kurzfristigen Bereich zu einer Einebnung der Zinsunterschiede kommen. Es ist

davon auszugehen, daß am Ende auch im kurzfristigen Bereich das Euro-Zinsniveau nur wenig über dem alten DM-Zinsniveau liegen wird. Schröder räumte ein häufiges Mißverständnis aus: Im Mai 1998 werden zusammen mit der Entscheidung über den Teilnehmerkreis nicht die exakten Umrechnungskurse unter den Teilnehmerwährungen bekanntgegeben, sondern lediglich die Methode zur Fixierung der Umrechnungskurse.

Das Resümee der Veranstaltung: Die technischen und strategischen Aspekte der Euro-Einführung sind komplex, aber beherrschbar. Inzwischen gibt es – etwa durch den Entwurf des deutschen Euro-Einführungsgesetzes und die EU-Verordnungen – viele Präzisierungen. Die in der Vergangenheit häufig benutzte Entschuldigung, daß noch zu viel im unklaren ist, kann für Verzögerungen in der betrieblichen Vorbereitung nicht mehr herhalten. Auch bei der Frage nach dem optimalen Umstellungszeitpunkt von DM in Euro gibt es keine pauschalen Antworten. Hier muß jedes Unternehmen eine individuelle Betroffenheitsanalyse durchführen. Ein Teilnehmer brachte es auf den Punkt: „In Sachen Euro kann es für einzelne Unternehmen sinnvoll sein, mit der Umstellung noch abzuwarten – aber niemand darf aufhören, sich zu informieren, zu analysieren und die Umstellung vorzubereiten.“ ◁

Entwicklung und Verteilung der Einnahmen aus direkten Steuern

Von 1950 bis 1996 sind in der Bundesrepublik Deutschland die Einnahmen aus den direkten Steuerarten Lohn, veranlagter Einkommen- und Körperschaftsteuer um das 56-fache gestiegen. Die Entwicklung zeigt, daß sich bis etwa 1965 das Aufkommen aus den einzelnen Steuerarten relativ gleichmäßig entwickelt hat.

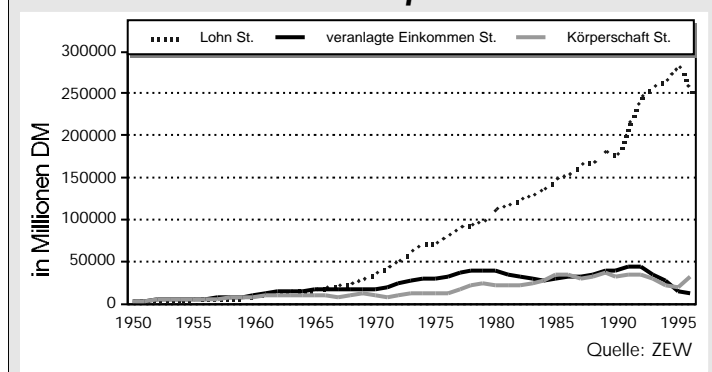
ren auch buchungstechnische Änderungen der Steuerstatistiken vorgenommen, die eine präzise Vergleichbarkeit der Zahlenreihen nicht mehr ermöglichen. Die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen ist indes zwischen 1971 und 1989 nur relativ gering von 20,5 Mio. auf 23 Mio. angestiegen. Die Entwicklung der Einnahmen aus veranlagter Einkommensteuer verläuft trotz einer gestiegenen Zahl von einkommensteuerpflichtigen Personen relativ gleichmäßig. Im Zeitraum von

Jahre relativ konstant geblieben. Auch die seit 1971 gestiegene Zahl der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen von etwa fünfzigtausend auf zweihunderttausend im Jahr 1989 konnte dieser Entwicklung nicht entgegenwirken. Einer der Gründe ist in den gesunkenen Tarifen zu sehen. Aber es spricht auch einiges dafür, daß durch die wachsende Globalisierung der unternehmerischen Aktivitäten die Gewinne rechtlich legal zunehmend ins Ausland verlagert werden.

Für die aus dieser Sicht ungünstige Entwicklung für die Lohnsteuerpflichtigen sollte allerdings nicht eine Umverteilung zu Lasten der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen gefordert werden. Vielmehr sollte einerseits überlegt werden, ob die Ausweitung der fiskalischen Bedeutung der indirekten Steuern nicht sinnvoller erscheint. Andererseits besteht aus Effizienz- und steuerwettbewerblichen Gründen ein dringender Bedarf an der Bereinigung der Steuergesetze von Ausnahme- und Sonderregelungen mit dem Ziel einer einfachen und klaren Gesetzgebung für alle steuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen. Darüber hinaus sollte auch die staatliche Ausgabenpolitik in Verbindung mit einer Rückführung der Staatsquote überdacht werden. Gerade im Hinblick auf ein vereintes Europa sind diese Schritte unerlässlich, um den Standort Deutschland sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmer attraktiv zu gestalten.

Information: Fred Ramb,
Telefon 0621/1235-165

Abb. 1: Aufkommen aus Lohn-, veranlagter Einkommen- und Körperschaftsteuer

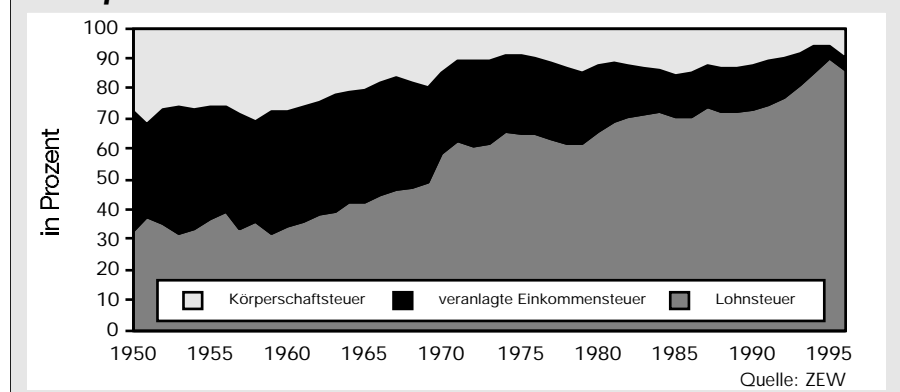


Seit Mitte der sechziger Jahre ist allerdings ein rapider Anstieg der Einnahmen aus Lohnsteuer zu beobachten, während das Aufkommen aus veranlagter Einkommen- und Körperschaftsteuer in etwa konstant geblieben ist (Abb. 1). Der relative Anteil der Lohnsteuer an den drei Steuerarten lag 1965 noch bei 42 Prozent und ist bis zum Jahr 1996 auf 86 Prozent angewachsen. Der Anteil aus veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ist im gleichen Zeitraum von 37 Prozent auf 4 Prozent bzw. von 21 Prozent auf 10 Prozent zurückgegangen (Abb. 2). Aus fiskalischer Sicht kommt damit den Einnahmen aus Lohnsteuer, deren Anteil an den gesamten Steuereinnahmen 1996 bereits bei 31 Prozent lag, eine zentrale Bedeutung zu.

Die Gründe für das vermehrte Aufkommen aus Lohnsteuer sind einerseits die gestiegenen Lohneinkommen der Lohnsteuerpflichtigen und andererseits die veränderten Tarifverläufe, die durch die Progression in den mittleren Einkommensklassen zu einer höheren Belastung führte. Es wurden allerdings in den letzten Jah-

es ist jedoch davon auszugehen, daß der Rückgang des Aufkommens in beträchtlichem Maße den besonders geförderten Abschreibungsregelungen zuzuschreiben ist. In den siebziger Jahren wurde durch spezielle Abschreibungsmodalitäten vor allem der private Wohnungsbau gefördert; die neunziger Jahre sind hingegen durch großzügige Abschreibungsbedingungen in den neuen Bundesländern gekennzeichnet. Das Aufkommen aus Körperschaftsteuer ist, abgesehen von konjunkturellen Einflüssen, ebenfalls seit Mitte der sechziger

Abb. 2: Anteil von Lohn-, veranlagter Einkommen- und Körperschaftsteuer am Aufkommen dieser Steuerarten



Theorie und Praxis der Unternehmensbewertung

Wird ein Unternehmen verkauft oder verschmolzen, muß das Unternehmen bewertet werden. Auch ein Kapitalanleger interessiert sich für den Unternehmenswert, bevor er seine Investmententscheidung trifft. Den Unternehmenswert zu bestimmen, ist nicht einfach und so existieren in Theorie und Praxis die unterschiedlichsten Verfahren, von einfachen Faustregeln hin zu komplexen mathematischen Methoden. Einen Einblick in die Methodik der Unternehmensbewertung gab Dr. Volker Marnet-Islinger, Mann der ersten Stunde am ZEW, jetzt bei der Allianz-Versicherungs AG in München als Referent im Bereich Finanzen/Industriebeteiligungen tätig.

Marnet-Islinger stellte einfache Multiplikatormodelle wie das Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) oder das Kurs-Cash-Flow-Verhältnis (KCV) vor, die in der Praxis trotz ihrer Nachteile nach wie vor einen hohen Stellenwert einnehmen. Kritisiert werden diese Ansätze vor allem wegen ihrer Stichtagsproblematik und der Vielzahl unternehmensfremder Einflußfaktoren, wie beispielsweise Zinssätze oder Übernahmespekulationen. Aufgrund unterschiedlicher Steuerbelastungen und Kapitalstrukturen lassen sich Unternehmen, vor allem des KGV, nur schwer vergleichen. Ein Grund für die Beliebtheit dieser Methoden liegt in der Einfachheit und der Transparenz.



Dr. Volker Marnet-Islinger, Allianz-Vers. AG

Neben weiteren Verfahren, wie z.B. dem Enterprise Value-Konzept, wurde das Dividenden-Diskontierungsmodell anhand der durch die KPMG durchgeführten Unternehmensbewer-

tung zum Zwecke der Verschmelzung von Lahmeyer und Rheinelektra erläutert. Im Dividenden-Diskontierungsmodell wird der Barwert zukünftiger Einnahmen- bzw. Ertragsüberschüsse des Unternehmens ermittelt. Eindrucksvoll wurde die Sensitivität der Methode verdeutlicht. Kleinste Veränderungen an einzelnen prognostizierten Ergebniswerten oder am Diskontierungssatz verursachen enorme Differenzen im resultierenden Unternehmenswert. In der Praxis empfiehlt es sich somit stets, verschiedene Modelle nebeneinander zu verwenden. Marnet-Islinger schloß mit dem Fazit, daß zum Thema Unternehmensbewertung noch einiges an Forschungsbedarf bestehe. ◁

ZEW-Kolloquium: Perspektiven der Europäischen Währungsunion

Referenten: Dr. Friedrich Heinemann,
Dr. Michael Schröder

Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte
und Finanzmanagement

Ende Mai 1998 treffen die Staats- und Regierungschefs der 15 Mitgliedsländer der Europäischen Union wichtige Entscheidungen zur Europäischen Währungsunion. Zu diesem Zeitpunkt wird beschlossen, ob die Währungsunion im Januar 1999 beginnt und welche EU-Staaten daran teilnehmen. Das ZEW-Kolloquium am 2. Oktober 1997 widmete sich der Klärung zentraler ökonomischer Fragen der Währungsunion. An erster Stelle stand ein Überblick über den weiteren Zeitplan und die Konvergenzkriterien. Es zeigte sich, daß die Konvergenzkriterien bezüglich Inflation und langfristigen Zinsen von allen EU-Staaten mit Ausnahme Griechenlands erfüllt werden. Die Kriterien bezüglich der Staatsverschuldung (Budgetdefizit/BIP und Schuldenstand/BIP) werden dagegen nur von einem Teil der EU-Länder erfüllt. Besonders kritisch ist die Situation deshalb, weil gerade bei Frankreich und

Deutschland nicht klar ist, ob sie das Budgetkriterium 1997 erfüllen können. Damit schwindet auch die Möglichkeit, die Bedingung für eine Teilnahme an der Währungsunion an diese Kriterien zu knüpfen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es 1999 eine große Währungsunion in Europa geben. Fast alle EU-Staaten werden daran teilnehmen, mit Ausnahme von Griechenland, Dänemark, Schweden und Großbritannien, dessen späterer Eintritt allerdings sehr wahrscheinlich ist.

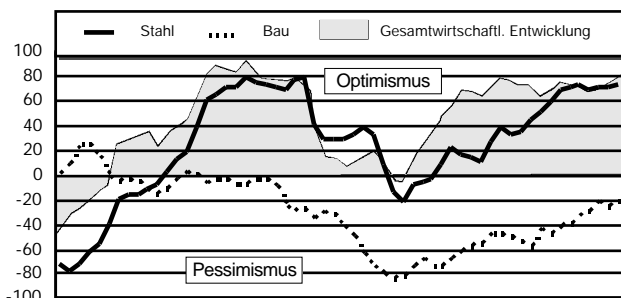
Im weiteren Programm des Kolloquiums standen grundsätzliche Überlegungen zum Sinn einer Währungsunion in Europa aus ökonomischer Sicht. Die Kriterien, die in der Theorie optimaler Währungsräume aufgestellt werden, wie z.B. hohe Arbeitsmobilität und flexible Arbeitsmärkte (inkl. der Löhne), sind in Europa weniger gut erfüllt als vergleichsweise in den USA. Dies legt den Schluß nahe, daß eine Währungsunion in Europa eine ökonomisch zweischneidige Angelegenheit sein kann. Umso wichtiger ist es, daß Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber nach Beginn der Währungsunion eine größere Flexibilität für notwendige Reformmaßnahmen aufbringen. Dies besonders, um steigende regionale Arbeitslosigkeit zu vermeiden und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht zu schwächen.

Im Bereich der Kapitalmärkte wird sich durch die Währungsunion eine starke Tendenz zu einheitlichen Märkten ergeben. Natürlich wird es nur noch einen Geldmarkt geben, sobald die EZB die Kontrolle über die europäische Geldpolitik ausübt. Aber auch die Rentenmärkte werden bis auf mögliche Risikozuschläge für einzelne Emittenten vereinheitlicht sein. Bei Aktienmärkten wird dies jedoch erst nach mehreren Jahren der Fall sein, wenn auch die ökonomischen Strukturen der Euro-Staaten sich weiter angeglichen haben.

Ausschlaggebend für die Stabilität des Euro bezüglich der anderen Weltwährungen wird die Binnenstabilität sein, eine geringe und stabile Inflationsrate sowie eine dauerhafte Budgetkonsolidierung der Euro-Staaten. ◁

ZEW - Aktuelle Informationen

ZEW-Finanzmarkttest: Brancheneinschätzung



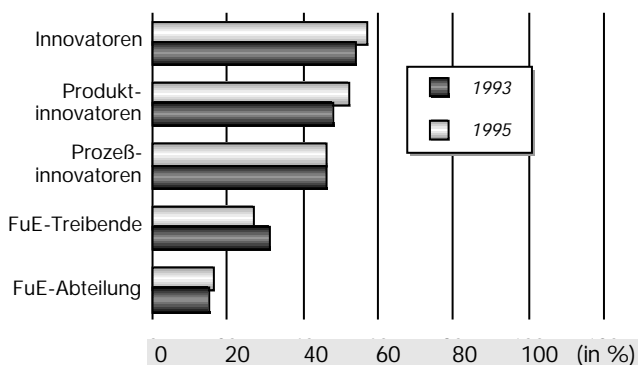
Jan 93 Jul 93 Jan 94 Jul 94 Jan 95 Jul 95 Jan 96 Jul 96 Jan 97 Jul 97

Die Werte entsprechen den durchschnittlichen Erwartungen von rund 350 institutionellen Kapitalanlegern hinsichtlich der zukünftigen Ertragssituation der jeweiligen Branchen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
Quelle: ZEW (1997), Finanzmarkttest

Die Konjunkturlage wird im Oktober deutlich besser beurteilt als im Vormonat. Die Zahl der Experten, die mit einer weiteren Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland rechnen, hat mit 78 Prozent fast den historischen Höchststand von Sommer 1994 erreicht. Bezüglich der Stahlbranche tendiert die Stimmung nach oben, obwohl die aktuell verkündeten Ergebnisse eher enttäuschend ausgefallen sind. Einzig die Entwicklung der Baubranche wird von den Experten noch negativ beurteilt. In der ohnehin schon angespannten Situation in diesem Wirtschaftszweig wird die momentane Zinswende sicher nicht zur Besserung beitragen.

Information: Andrea Szczesny, Tel. 0621/1235-143

FuE und Innovation im Verarbeitenden Gewerbe - Anzahl der Unternehmen

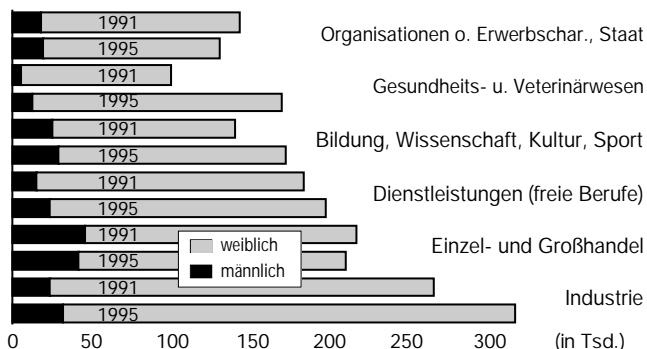


Quelle: ZEW (1997), Mannheimer Innovationspanel

1995 hat sich der Anteil der Unternehmen, die in den beiden vorangegangenen Jahren Innovationen durchgeführt hatten, wieder erhöht. Insbesondere stieg der Anteil der Unternehmen mit Produktinnovationen, während der Anteil der Unternehmen mit reinen Prozeßinnovationen konstant blieb. Auch in den neuen Bundesländern nahmen die innovierenden Unternehmen zu, und zwar gleichermaßen bei den Produkt- wie den Prozeßinnovatoren. Verringert hat sich der Anteil der Unternehmen mit FuE-Aktivitäten, wobei darauf hinzuweisen ist, daß mehr Unternehmen kontinuierlich in einer eigenen FuE-Abteilung forschen und entwickeln.

Information: Dr. Alfred Spielkamp, Tel. 0621/1235-174

Entwicklung geringfügiger Beschäftigung nach Branchen in Westdeutschland

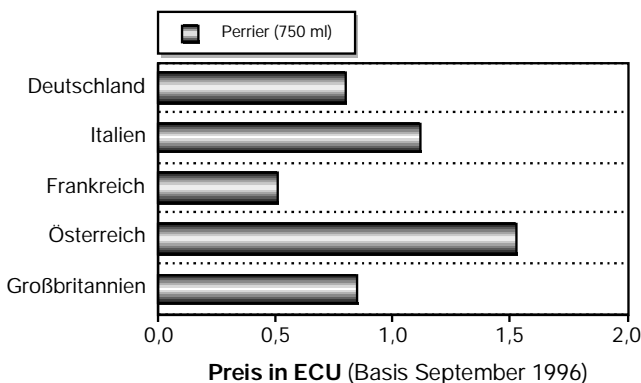


Die Anzahl geringfügig Beschäftigter (erste Erwerbstätigkeit abhängig Beschäftigter und Selbständiger) ist definiert wie folgt: Normale Arbeitszeit der ersten Tätigkeit weniger als 15 Stunden wöchentlich oder Selbstangabe einer geringfügigen Beschäftigung als erste Tätigkeit. Quelle: Mikrozensus

Die Anzahl der „hauptberuflich“ geringfügig Beschäftigten nahm zwischen 1991-95 von 1,3 auf 1,5 Mio. zu (ohne Nebentätige, Studenten, Schüler). Tatsächlich liegt sie höher, aber nicht jeder Befragte war zu Angaben bereit. Besonders stark war die Zunahme im Gesundheitswesen sowie im Groß- und Einzelhandel. Dagegen nahmen in der Industrie sowie im staatlichen Bereich einschl. der Non-Profit-Organisationen die geringfügig Beschäftigten ab. Insgesamt arbeiten über 20% der „hauptberuflich“ geringfügig Beschäftigten im Groß- und Einzelhandel, gefolgt von den personenbezogenen Dienstleistungen mit 13%. Von den geringfügig Haupttätigen waren 85% Frauen.

Information: Martin Falk, Tel. 0612/1235-153

Preisunterschiede zwischen europäischen Märkten



Quelle: GEMINI CONSULTING, 1997.

Graphik: ZEW.

Die EWU hat bedeutende Konsequenzen für die unternehmerische Preispolitik, da das Währungsrisiko wegfällt und die Preise vollständig transparent werden. Eine ausgeprägte Preisdifferenzierung zwischen den Teilnehmerländern kann zu einer Zunahme von cross-selling und Re-Importen führen. Dadurch verringert sich der Spielraum der internationalen Preisdifferenzierung. Unternehmen, die bislang eine ausgeprägte Preisdifferenzierung in den Teilnehmerländern betreiben (Automobil-, Pharmabranche und Konsumgüterhersteller) müssen zukünftig die strategischen Optionen der internationalen Preisdifferenzierung analysieren und ggf. die Preisgestaltung ändern.

Information: Lothar Weinland, Tel. 0621/1235-179

Italien auf Erfolgskurs – neue Probleme sichtbar

Berücksichtigt man nicht das Maastrichter Kriterium für die Staatsverschuldung, dann wird sich Italien für die Mitgliedschaft in der EWU zu Beginn des Jahres 1999 qualifizieren – so die letzten Prognosen der Europäischen Kommission. Selbst für das Defizitkriterium wird für Italien eine Punktlandung erwartet. Neben Ausgabenkürzungen, der teilweisen Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Verlagerungen in der Besteuerung trugen die stark gesunkenen kurz- und langfristigen Zinsen spürbar zur Verringerung des Defizits bei. Denn: ohne Zinszahlungen auf die ausstehende Staatsschuld weist der öffentliche Haushalt Italiens einen sehenswerten Überschuß auf. Gesunkene Zinsen, ein stark verringertes Haushaltsdefizit und eine Inflationsrate, die der deutschen ent-

spricht – ein bemerkenswerter Erfolg der italienischen Wirtschaftspolitik, wäre da nicht die letzte Regierungskrise gewesen. Als Preis für die rasche Beilegung mußte Prodi den Reformkommunisten – diese sind nicht Teil der Minderheitsregierung, jedoch ist die Regierung auf ihre Stimmen angewiesen – dem raschen Einstieg in die 35-Stunden-Woche zustimmen.

Und dieser Kompromiß sorgt für erneuten Sprengstoff. Nicht nur, daß er vom Arbeitgeberverband Confindustria klar abgelehnt wird, weil hierdurch die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft spürbar verschlechtert wird, auch der größte Teil der Gewerkschaften ist unisono gegen die gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche. Während die Industrie mit einer Kostenbelastung von etwa 30 Mrd. DM rechnet, wenn diese Regelung in den kommenden drei Jahren in Kraft tritt, argumentieren die Gewerkschaften, daß dadurch kei-

ne neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Vielmehr plädieren sie für eine flexible Regelung: Kürzere Arbeitszeiten sollen nur dort eingeführt werden, wo die Möglichkeit dafür besteht und mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden ist. Diese ungewöhnliche Koalition hat seinen guten Grund. Die mit der Arbeitszeitverkürzung verbundene Erhöhung der Lohnkosten zwischen 10 und 15 % und die noch weiter fortzuführende Reform der Rentenversicherung kann nun nicht mehr durch eine Abwertung der Lira ausgeglichen werden. Die Maastrichter Kriterien verlangen u. a., daß die Wechselkurse der teilnehmenden Länder mindestens zwei Jahre stabil blieben. So kann die fehlende reale Konvergenz zwischen den Staaten der EU schon vor Beginn der EWU zu beträchtlichen Problemen in einzelnen Ländern führen.

Information: Dr. Herbert S. Buscher,
Telefon 0621/1235-135

ZEW Neuerscheinungen

■ ZEW Schriftenreihe:

Georg Licht; Christiane Hipp; Martin Kukuk; Gunnar Münt: *Innovationen im Dienstleistungssektor. Empirischer Befund und wirtschaftspolitische Konsequenzen*, Band 24, Baden-Baden 1997, Nomos-Verlagsgesellschaft.

■ Discussion Papers

Ian Crawford; François Laisney;

Ian Preston: *Estimation of Household Demand Systems Using Unit Value Data*, Nr. 97-06.

Viktor Steiner: *Extended Benefit-Entitlement Periods and the Duration of Unemployment in West-Germany*, Nr. 97-14.

Klaus Conrad; Tobias F. N. Schmidt: *Double Dividend of Climate Protection and the Role of Internatio-*

nal Policy in the EU – An Applied General Equilibrium Analysis with the GEM-E3 Model, Nr. 97-26.

Martin Falk; Bertrand Koebel: *The Demand of Heterogeneous Labour in Germany*, Nr. 97-28.

Norbert Janz: *Interpreting Estimation Results of Euler Equation Investment Models when Factor Markets are Imperfectly Competitive*, Nr. 97-29.

Hinweis: Zusammenfassungen aktueller ZEW-Discussion Papers (ab 1996) finden sich auf den ZEW-Internet-Seiten unter <http://www.zew.de>. Die vollständigen Dokumente können als Postscript-Datei vom ZEW-Server gezogen werden.

Termine

■ Expertenseminar:

Wege zum erfolgreichen Innovationsmanagement, 11. und 12. November 1997, 9.00-16.30 Uhr, ZEW-Gebäude.

■ ZEW-Seminar:

Pierre Cahuc (Sorbonne, Paris): „*Equalizing Wage Differences and Bargaining Power of Workers. Evidence from a Panel of French Firms*“, am 20. November 1997, 16.00 Uhr, ZEW-Gebäude.

■ ZEW-Kolloquium:

Prof. Dr. Wolfgang Franz (ZEW): „*Das neue Jahresgutachten 1997/98 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*“, am 27. November 1997, 16.00 Uhr, ZEW-Gebäude.

■ Informationen zur Veranstaltung:

Anne Grubb, Tel. 0621/1235-241, Fax 0621/1235-226, E-Mail grubb@zew.de

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich · Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim
Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Franz
L 7, 1 · 68161 Mannheim Postanschrift: Postf. 1034 43 · 68034 Mannheim · Fax 1235-224 · Internet: <http://www.zew.de/>
Redaktion: Dr. Herbert Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-mail: buscher@zew.de,
Martina Müller-Keitel, Telefon 0621/1235-102, Telefax 0621/1235-222, E-mail: mueller@zew.de;
Nachdruck und sonstige Verbreitung mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares.